



4. März 2023

MEDIENMITTEILUNG

Ein unzulänglicher Vorschlag für die Reorganisation der Hochbaudienste der Stadt Chur

In ihrem Bericht zum Budget 2021 forderte die Geschäftsprüfungskommission (GPK) den Stadtrat auf, geeignete Schritte zur Optimierung der Zusammenarbeit zwischen den Diensten «Immobilien und Bewirtschaftung» (Departement Finanzen Wirtschaft Sicherheit) sowie «Hochbau» (Departement Bau Planung Umwelt) zu definieren. Nun liegt der Vorschlag des Stadtrates in Form einer Botschaft an den Gemeinderat auf dem Tisch. Statt die offensichtlichen Mängel mit wenigen gezielten Massnahmen aufzuheben, plant der Stadtrat wie nebenbei eine tiefgreifende Reorganisation mit dem Ziel, die Hochbaudienste zu zerschlagen und dem Departement Finanzen Wirtschaft Sicherheit bzw. dem Stadtpräsidenten mehr Kompetenzen über das Bauen in Chur zu übertragen. Die vorgesehene Reorganisation ist abzulehnen, da sie wichtige baukulturelle Fragen offen lässt.

Fragwürdiger Zeitpunkt

Der Zeitpunkt der Reorganisation irritiert. In zweierlei Hinsicht: Zum einen befindet sich Chur inmitten einer Grundordnungs-Revision, bei der die Weichen in Bezug auf das Bauen in der Stadt neu gestellt werden. Viele Fragen sind noch offen bzw. nicht geklärt. Sinnvoll und naheliegend wäre es, neue departementale Zuordnungen mit der justierten Grundordnung abzustimmen – also mit einer allfälligen Reorganisation bis nach Abschluss der Grundordnungsrevision zuzuwarten.

Zum andern steht Chur kurz vor einer Stadtratswahl und damit zusammenhängend vor einer Neuzuteilungen der Departemente. Es ist nicht opportun, dass der alte Stadtrat kurz vor der Wahl des neuen dessen Organisation und Arbeitsformen mit tiefgreifenden Veränderungen bestimmt.

Baukultur beinhaltet mehr als nur wirtschaftliche Aspekte

Gemäss Botschaft des Stadtrates soll die Abteilung «Hochbau» aus den «Hochbaudiensten» ausgegliedert und in die «Dienststelle Immobilien und Bewirtschaftung» integriert werden. Dieses Ansinnen geht von der Vorstellung aus, dass das städtische Bauen vorrangig von finanzpolitischen

Überlegungen (bzw. Renditedenken) geleitet sein sollte. Bei Bauvorhaben der Stadt geht es selbstverständlich auch darum, für einen ökonomischen Einsatz der Mittel zu sorgen. Baukultur aber lässt sich nicht auf monetäre Kriterien reduzieren. Gleichbedeutend ist, dass sich die Stadtverwaltung für einen städtebaulichen und architektonischen Mehrwert sowie ökologische Lösungen einsetzt. Wer baut, gestaltet das Siedlungsbild, beeinflusst die Umwelt und den Alltag der EinwohnerInnen– und die öffentliche Hand hat dabei zweifelsohne Vorbildfunktion. Also ist es unsinnig, den «Hochbau» vom Baudepartement abzukoppeln. Fachlich richtig und politisch gescheiter wäre es, die für die strategische Koordination der städtischen Hochbauprojekte zuständige Abteilung «Projekte» aus der Dienststelle «Immobilien und Bewirtschaftung» ins Baudepartement zu verlagern, wo die Kompetenz für gestalterische Fragen, die Durchführung von Wettbewerben, raumplanerische Synergieeffekte usw. liegt.

StadtarchitektInnen-Stelle faktisch abgeschafft

Die Erscheinung der Stadt wird von Gebäuden und Freiräumen geprägt. Da geht es um architektonische Auseinandersetzungen. Darum, dass auf eine Wechselwirkung der Bauten untereinander geachtet und die Gestaltung des resultierenden öffentlichen Raums mitgedacht wird. Eine ganzheitliche Sicht ist im Zuge der geforderten Innenentwicklung von entscheidender Wichtigkeit; und auch die Bedeutung des öffentlichen Raums nimmt im Zuge der Verdichtung nach innen zu. Der Stadt fehlt momentan eine qualifizierte Fachperson, die sich um den Bereich «Stadtraum und Architektur» kümmert bzw. kümmern kann. Auch in der geplanten neuen Dienststelle «Stadtentwicklung» ist eine Abteilung «Stadtraum und Architektur» nicht vorgesehen. Es bleibt also unklar, wer sich nach der Reorganisation der *stadträumlichen* Entwicklung annehmen soll. Unklar ist auch, wer die Koordination aller sich stellenden baukulturellen Fragen in den verschiedenen mit dem Bauen beschäftigten Dienststellen übernimmt.

Und so ist es offensichtlich, dass der Stadtrat die geplante Reorganisation auch dazu nutzt, die leidige Frage nach der/m StadtarchitektIn definitiv zu erledigen. Mit der «Funktionsbezeichnung 'Stadtarchitekt/-in'» seien, so liest man in der Botschaft, «Erwartungen wie 'gestalterische Gesamtverantwortung für den öffentlichen Raum' oder 'entscheidende Rolle im Hinblick auf eine baukulturell hochwertige Stadtentwicklung mit Gesamtschau über den Stadtkörper' verbunden'». «Diesen 'überhöhten' Erwartungen», so liest man erstaunt weiter, könne «bei der Neubesetzung Hochbaudienste nicht Genüge getan werden.» Das ist eine Bankrotterklärung, aber kein Argument. Eine Stadt in der Grösse und Bedeutung von Chur braucht einen Stadtarchitekten/eine Stadtarchitektin, der koordinierend, verhandelnd und umsichtig die Fäden der Baukultur zusammenhält und auf fachlicher Augenhöhe mit ArchitektInnen, Bauleuten und Bauherrschaften architektonische und städtebauliche Qualitäten einfordert.

Förderung baukultureller Qualität ist in öffentlichem Interesse

Die Förderung baukultureller Qualität ist in öffentlichem Interesse. Sie dient dazu, eine nachhaltige Stadt mit hoher Lebensqualität für eine vielfältige Bevölkerung zu schaffen. Entsprechend sind Strukturen zu schaffen, die einer hohen Baukultur förderlich sind. Die vorgesehene Reorganisation zielt in eine andere Richtung und schafft Probleme, statt sie zu lösen. Sie sollte so, wie in der Botschaft beschrieben, nicht umgesetzt werden.